

Ein Historikerstreit vor dem 1. September: Gibt es versäumte Chancen der polnischen Politik im Sommer 1939?

Von Adam Krzeminski

WARSCHAU, 30. August

Dieser August begann für Polen mit der Erinnerung an den Warschauer Aufstand 1944. Die wackligen Bilder von der kurzen Euphorie der Aufständischen, wie sie bei den Medien-Events eingespielt wurden, räumen nicht die nagenden Zweifel aus, ob angesichts der schrecklichen Folgen - der planmäßigen Zerstörung der Hauptstadt und der Ermordung von 200 000 Warschauern - die Entscheidung für den Aufstand nicht doch ein grober Fehler war. Mitte des Monats flimmerte der Sieg über die Rote Armee 1920 über die Bildschirme. Doch bereits eine Woche später lächelte Stalin Ribbentrop bei der Unterzeichnung des "Teufelspaktes" zu, der die erneute Aufteilung Polens bedeutete.

Auch für den Stolz am letzten Augusttag, der die Gründung der Solidarnoc 1980 markiert, bleibt nicht viel Zeit. Denn schon am ersten Septembertag werden jedem Polen die wohlvertrauten Bilder der Nazi-Wochenschau die Kehle zuschnüren: der von der deutschen Wehrmacht herausgebrochene Schlagbaum an der Grenze, die Bombardierung Warschaus, der Einmarsch der Roten Armee wenige Tage später. Doch der siebzigste Jahrestag des deutschen Angriffs auf Polen wird wohl eine besondere Note erhalten. Zum ersten Mal wird bei den Gedenkfeiern auf der Danziger Westerplatte, deren Beschuss den Zweiten Weltkrieg einleitete, auch der russische Ministerpräsident Wladimir Putin dabei sein.

Seine Anwesenheit wird ein Zeichen für den mühsamen Wandel in den polnisch-russischen Beziehungen sein. Es gibt ja nicht nur Streit um die Ostseegaspipeline oder um das amerikanische Raketenabwehrsystem, sondern auch um die bisher unvereinbaren Deutungen des Zweiten Weltkrieges. Für Deutsche und Polen begann er am 1. September 1939. Für die meisten Russen erst am 22. Juni 1941 mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion. Alles davor sieht man wohl als lokale Geplänkel, aus denen sich Stalins klug herausgehalten habe. Der Nichtangriffspakt mit Hitler wird ebenso wie der Winterkrieg gegen Finnland als eine legitime Folge des Münchner Abkommens gesehen, mit dem die Westmächte das Versailler Staatensystem wegwischten. Und die polnische Katastrophe wird antisowjetischer Verblendung der polnischen Eliten zugeschrieben. Jahrelang hätten sie mit Berlin geflirtet, sich an der Zerstückelung der Tschechoslowakei beteiligt und eine Allianz mit Frankreich, England und eben der Sowjetunion ausgeschlagen. Selber schuld also.

Zwar sprach Anatolij Torkunow, der russische Vorsitzende einer polnisch-russischen Kommission für "schwierige Angelegenheiten", während einer Warschauer Konferenz über die Ursachen des Zweiten Weltkrieges im Mai von der Schuld oder Sünde Stalins, der einen "amoralischen" Pakt mit Hitler eingegangen sei. Die sei aber "mit dem Blut von Millionen sowjetischen Soldaten" getilgt worden. Doch im selben Monat berief der russische Staatspräsident Dmitrij Medwedjew eine "Kommission zur Verhinderung von Bestrebungen zur Verfälschung der Geschichte zum Nachteil der Interessen der Russischen Föderation" ein, der kaum unabhängige Historiker, dafür aber Vertreter der Geheimdienste, des Sicherheitsrats, des Außen- und des Justizministeriums nebst dem Generalstabschef der Armee angehören. Auf der Internetseite des russischen Verteidigungsministeriums schob Oberst Sergej N. Kowaljow die Schuld für den Ausbruch des Krieges der polnischen Regierung zu. Sie habe Hitlers "moderate Forderungen" - den Anschluss Danzigs und eine exterritoriale Autobahn nach Ostpreußen - zurückgewiesen, weil sie nach der Besetzung Prags durch die Wehrmacht kein Juniorpartner des "Dritten Reiches" habe sein wollen.

Das ist schon kurios. Der Oberst verschweigt nämlich Hitlers Lockmittel: "Das Schwarze Meer ist auch ein Meer", hörten polnische Außenpolitiker im Winter 1938/39 von Göring und Ribbentrop. Für Danzig sollte Polen nach dem gemeinsamen Krieg gegen die Sowjetunion in der Ukraine territorial "entschädigt" werden. Und die Ablehnung einer solchen Allianz durch Polen soll nun eine polnische Kriegsschuld belegen? Den Hitler-Stalin-Pakt mitsamt dem geheimen Zusatzprotokoll rechtfertigen? Ein zum Jahrestag gesendeter Dokumentarfilm des russischen Fernsehens hat jetzt belegt, dass genau so sich die Gralshüter imperialer russischer Würde die Geschichtsdeutung vorstellen.

Auch wenn München tatsächlich ein Verrat der westlichen Demokratien an der Tschechoslowakei war, entschuldigt er nicht die Entscheidung Stalins für Hitlers Krieg - mit sowjetischer Rückendeckung und Selbstbedienung - gegen Polen. Und vor dieser Kriegsschuldfrage drückt sich das offizielle Russland, das Stalin neben Peter dem Großen als "russischen Bismarck" und Vollstrecker der imperialen "russischen Idee" feiert.

In einem Appell anlässlich des zwanzigsten Jahrestages des Zusammenbruchs des Kommunismus in Europa verbinden hundertvierzig deutsche Politiker und Intellektuelle - von Rita Süßmuth bis Heinrich August Winkler - die Jahre 1989 und 1939. Mit dem Hitler-Stalin-Pakt und dem Überfall auf Polen habe nicht nur der Weltkrieg begonnen, sondern auch die kommunistische Unterdrückung Ostmitteleuropas; der polnische Widerstand habe zur Überwindung der Teilung Europas maßgeblich beigetragen. Ein vergleichbarer Aufruf russischer Intellektueller ist heute undenkbar. "Das würde enorme Zivilcourage von ihnen erfordern", vermerkt der Warschauer Historiker Włodzimierz Borodziej.

Schon Putins Anwesenheit in Danzig wird immerhin eine Anerkennung der Tatsache sein, dass der Zweite Weltkrieg mit dem deutschen Angriff auf Polen angefangen hat. Dass es in Russland inzwischen auch andere Deutungen gibt, belegen nicht nur die bedrängten kleinen Oppositionszeitungen wie die "Nowaja Gaseta", sondern auch die orthodoxe Kirche. Während das Staatsfernsehen wie eh und je einen Kotau vor Stalin macht, nannte ihn Patriarch Kirill ein Monstrum und einen Menschenschlächter, der Hitler in nichts nachstand und ein System der Lüge und des Terrors errichtete. Der "Außenminister" der Kirche erwähnte den "Teufelspakt" zwar nicht, forderte aber die Russen auf, tausend Kerzen vor dem Lubjanka-Gefängnis anzuzünden. Diese Geste lässt hoffen, dass die russischen und polnischen Bischöfe eine ähnlich bahnbrechende Rolle für die Überwindung der polnisch-russischen Verwerfungen übernehmen werden, wie sie deutsche und polnische Kirchenleute seit den sechziger Jahren gespielt haben, bis hin zu ihrem jüngsten gemeinsamen Aufruf.

In Polen selbst geben die Wechselbäder der August-Gedenktage nicht nur Anlass zu gestanzten Reden und Kommentaren des Inhalts, dass Polen 1920 die Bolschewiki auf ihrem Marsch nach Westen und 1939 Hitlers "friedliche Aggressionen" gestoppt habe, sondern auch zu einer Debatte darüber, ob Polen die Katastrophe des "polnischen Herbsts" hätte vermeiden können. In seinem glänzenden Essay "Das Jahr 1939" rechnet Tomasz Lubienski nochmals mit der polnischen Politik in den letzten Vorkriegsmonaten ab. Das ist auch ein Stück familiäre Abrechnung, denn einer seiner Onkel war Staatssekretär bei Außenminister Józef Beck, zwei weitere Verwandte waren 1939 ebenfalls im Außenministerium tätig, und alle hinterließen ausführliche Aufzeichnungen. Seit seinem furiosen Pamphlet aus den siebziger Jahren "Sich schlagen oder sich nicht schlagen" ist Lubienski ein entschiedener Gegner sämtlicher polnischer Aufstände vom achtzehnten bis zum zwanzigsten Jahrhundert, insbesondere des Warschauer Aufstands von 1944, der für Polen eine einzige Katastrophe gewesen sei. Noch einmal spielt der Essayist alle alternativen Varianten des Sommers 1939 durch und kommt zu der Schlussfolgerung, dass Polen eigentlich keine Wahl hatte; dieses "eigentlich" deutet jedoch eine Prise Unsicherheit an.

Polen ließ sich nicht sang- und klanglos von der Karte radieren, sondern erzwang mit seinem Widerstand den Kriegsbeitritt Frankreichs und Englands. Trotzdem wird immer offener gefragt, ob alternative Varianten nicht günstiger gewesen wären. Der kürzlich verstorbene Historiker Piotr Pawel Wiczorkiewicz provozierte sogar mit einer "ungeschehenen Geschichte", in der Polen auf Hitlers "großzügiges Angebot" eingeht und nicht nur Danzig, sondern auch den "Korridor" verliert, dafür aber 1940 am Krieg gegen die Sowjetunion teilnimmt. Hunderttausende polnischer Soldaten wären gefallen, Polen hätte sich durch eine Kolonisierung des Ostens beschmutzt, der Krieg gegen die Sowjetunion wäre aber gewonnen worden, und Europa wäre für vierzig Jahre unter die Hegemonie der Nationalsozialisten geraten. Die Naziherrschaft wäre dann durch eine Art "Perestrojka" abgeschüttelt worden, und Polen hätte einen Status wie heute Italien. Schließlich haben auch die Ungarn, Rumänen, Finnen und Italiener 1941 am "Unternehmen Barbarossa" teilgenommen und trotz Hitlers Niederlage verhältnismäßig geringere Verluste und Zerstörungen erlitten als die Polen, die vom ersten bis zum letzten Tag des Krieges auf der richtigen Seite standen und 1944 dennoch von den Alliierten fallengelassen wurden.

Auch Lubienski spielt diese Variante durch. Er empört sich zwar nicht, hält aber auch nicht viel von ihr. Eine deutsch-polnische Militärparade auf dem Roten Platz in Moskau hätte für Polen viel schlimmer geendet als die tatsächliche Parade von 1945, in der vor Stalin auch polnische Offiziere defilierten, die er in Katyn nicht ermorden ließ. "Das Dritte Reich musste verlieren, weil es nur für eine deutsche - ehrlicher: eine rassistisch nordische - Welt einen Entwurf hatte. Ein Bündnis mit Hitler hätte für Polen nicht nur mit einer Niederlage geendet, sondern mit der Schande, sich an einem Kampf gegen die gesamte europäische Zivilisation beteiligt zu haben."

Eine weitere theoretische Variante der polnischen Politik für das Jahr 1939 wurde polnischen Schülern in der Stalin-Zeit eingetrichtert. Die polnische Führung hätte eine Allianz mit der Sowjetunion, England und Frankreich anstreben sollen, also die Konstellation des Jahres 1945. Hierzu gibt Lubienski eine kurze Antwort: Diese Variante war de facto nie möglich. Stalin sprach zwar darüber mit England und Frankreich, doch Polen betrachtete er dabei nicht als Bündnispartner, sondern als Verfügungsmasse. Ohnehin hätten Verhandlungen mit der Forderung nach sowjetischen Militärbasen und einem Krieg in Westpolen geendet, also mit einer faktischen Aufteilung und Unterwerfung Restpolens, dem Zustand, der 1945 tatsächlich erreicht wurde.

Die Staaten Ostmitteleuropas haben im Zweiten Weltkrieg fast alle möglichen Überlebensversuche ausprobiert. Die Tschechen gaben ihren Staat auf. Die Slowaken, Ungarn und Rumänen zogen mit Hitler gegen Moskau. Die Finnen widerstanden 1939 der sowjetischen Aggression und nahmen danach Gebietsverluste hin. 1941 eroberten sie mit deutscher Hilfe das Verlorene zurück, doch als sich die deutsche Niederlage abzeichnete, trennte sich Mannerheim von Hitler, und die finnische Regierung nahm Verhandlungen mit Stalin auf. Man akzeptierte die sowjetischen Annexionen, verurteilte pro forma einige Minister und blockte eine Machtübernahme der Kommunisten ab. Die "Finnlandisierung" war in den sechziger und siebziger Jahren für die Ostmitteleuropäer ein unerreichbarer Traum.

Bevor morgen Angela Merkel und Wladimir Putin zusammen mit dem polnischen Ministerpräsidenten die Westerplatte betreten, ist es nicht abwegig, diese ungeschehenen Varianten der polnischen Geschichte abzuwägen. Am Ende zählt freilich nur die geschehene. Und da werden nur die tatsächlichen Aggressoren und die realen, nicht die hypothetischen, Opfer der Aggression gewogen.

Adam Krzeminski ist Feuilletonredakteur des Wochenmagazins "Polityka". Zu seinen deutschen Veröffentlichungen gehört das Buch "Polen im 20. Jahrhundert. Ein historischer Essay".

Alle Rechte vorbehalten. © F.A.Z. GmbH, Frankfurt am Main